



HESSISCHER LANDTAG

04. 12. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

**betreffend Staatsfreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
gewährleisten - Angriffe auf die Rundfunkfreiheit abwehren**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die grundgesetzlich garantierte Rundfunk-, Presse- und Meinungsfreiheit sind für ein funktionierendes demokratisches Staatswesen unverzichtbare Rechte. Die Rundfunkfreiheit bildet eine wichtige Säule des demokratischen Staatswesens. Dazu gehört, dass weder Staat noch Parteien einen beherrschenden Einfluss auf die Arbeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten ausüben dürfen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss frei bleiben von Parteien- und Regierungseinfluss. Einmischungen von Parteien und Regierungen gilt es abzuwehren.
2. Der Landtag missbilligt die verfassungswidrige Einmischung der hessischen Landesregierung in die Arbeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten. Insbesondere missbilligt der Landtag die unzulässige Vermischung der Aufgaben von ZDF-Verwaltungsrat und Fernsehrat. So geschehen, wenn Ministerpräsident Koch gegen Brender - im Fernsehrat zu diskutierende - angebliche Einschaltquotenverluste zur Grundlage einer Entscheidung im ZDF-Verwaltungsrat macht.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, im nächsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag darauf hinzuwirken, dass dieser dem Verfassungsstandard angepasst wird. Hierzu gehört insbesondere, wie zum Beispiel im NDR-Staatsvertrag durch Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg geschehen, beim ZDF darauf zu verzichten, die Zusammensetzung des Fernseh- und Verwaltungsrates unmittelbar zu bestimmen und sich selbst mit Mitgliedsrechten auszustatten.
4. Der Hessische Landtag appelliert an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als wichtige Säule unseres demokratischen Staatswesens sehen, Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht zu erheben, um die Rechtmäßigkeit der Ablösung des Chefredakteurs des ZDF überprüfen zu lassen.

Wiesbaden, 4. Dezember 2009

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler